



Harald Hagn
Referat Veröffentlichungen, Auskunftsdienst, Analysen,
Bibliothek, Archiv
Telefon: 0361 37-84 110
E-Mail: Harald.Hagn@statistik.thueringen.de

Einkommensverteilung und Armutgefährdungsquoten 2015 im Bund-Länder-Vergleich

Nachdem bereits in einem vorangegangenen Aufsatz die Verteilung der Haushaltseinkommen in Thüringen selbst im Mittelpunkt der Betrachtungen stand, werden nunmehr die Einkommensverhältnisse in Thüringen in Relation zu anderen Bundesländern und dem gesamten Bundesgebiet näher beleuchtet. Dabei wird insbesondere auch auf die Verteilungsgleichheit von Nettoeinkommen in Deutschland eingegangen. Abgerundet wird das Bild durch einen Bund-Länder-Vergleich von Armutgefährdungsquoten.

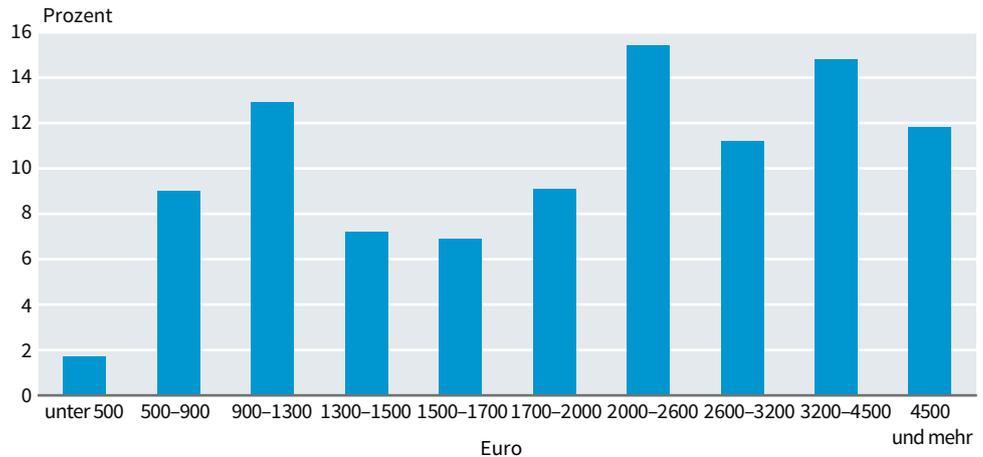
Im Jahr 2015 gab es in der Bundesrepublik Deutschland rund 40,8 Millionen private Haushalte. Davon befanden sich 32,2 Millionen im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) und 8,5 Millionen in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin). Für das gesamte Bundesgebiet lässt sich ein Median der monatlichen Nettoeinkommen aller privaten Haushalte von näherungsweise 2 123 Euro errechnen.¹⁾ Für das frühere Bundesgebiet (ohne Berlin) betrug das monatliche Medianeinkommen aller privaten Haushalte etwa 2 232 Euro und für die neuen Bundesländer (einschl. Berlin) 1 792 Euro.

**Mehr als 40 Millionen
private Haushalte in
Deutschland**

Im gesamten Bundesgebiet gab es im Jahr 2015 bezogen auf die monatlichen Haushaltsnettoeinkommen etwa gleich viel private Haushalte am oberen und unteren Ende der Einkommensskala. So standen etwa 4,7 Millionen Haushalten mit einem Einkommen von monatlich netto 4 500 Euro und mehr, rund 4,3 Millionen Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 900 Euro gegenüber.

1) Bei der Ermittlung des mittleren Einkommens wird als Maß in der Regel der Median (Zentralwert) und nicht das arithmetische Mittel (Durchschnitt) verwendet. Dabei werden die Haushalte oder Personen ihrem Einkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Wert, der die betrachtete Population in genau 2 Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr, die andere weniger Einkommen zur Verfügung. Der besondere Vorteil der Verwendung des Medians bei Einkommensanalysen liegt darin, dass er, anders als das arithmetische Mittel, nicht durch extrem hohe oder extrem niedrige Werte („Ausreißer“) beeinflusst wird.

Deutsche Privathaushalte 2015 nach monatlichem Nettoeinkommen



Jeder Zehnte deutsche Haushalt muss mit weniger als 900 Euro auskommen

Von den mehr 39,6 Millionen bundesdeutschen Haushalten mit Einkommensangabe musste im Jahr 2015 etwa jeder Zehnte (10,8 Prozent) mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 900 Euro auskommen, wobei Haushalte mit unter 500 Euro einen eher geringen Teil ausmachten.²⁾ Gleichwohl wurden beinahe 700 Tausend Haushalte registriert, die ein monatliches Nettoeinkommen von lediglich 500 Euro und darunter im Monat erzielten. Das waren immerhin 1,7 Prozent aller bundesdeutschen Haushalte mit Einkommensangabe.

Nur jeder fünfte Haushalt befindet sich in den neuen Bundesländern und Berlin

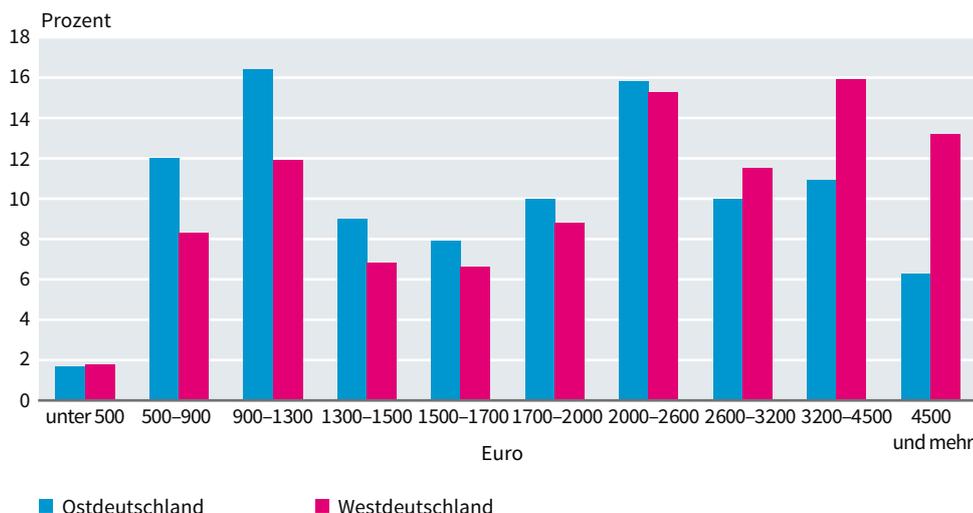
Lediglich etwas mehr als jeder fünfte deutsche Privathaushalt (8,5 Millionen bzw. 20,9 Prozent) befindet sich in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin). Das Bundesland Nordrhein-Westfalen (8,7 Millionen Haushalte) weist für sich genommen bereits etwas mehr Haushalte auf wie die neuen Bundesländer (einschl. Berlin) zusammen. Dazu kommen gleichfalls bevölkerungsstarke Bundesländer wie Bayern mit 6,3 Millionen Haushalten und Baden-Württemberg mit 5,2 Millionen Haushalten. Verglichen damit nimmt sich der Freistaat Thüringen mit 1,1 Millionen Haushalten relativ bescheiden aus.

Erhebliche Einkommensdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschland

Im Jahr 2015 waren zwischen Haushalten im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) und den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) sowohl im unteren als auch im oberen Einkommensbereich noch erhebliche Einkommensdifferenzen zu verzeichnen. Während in den unteren Einkommensgruppen bis unter 1300 Euro in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) drei Zehntel der Haushalte (30,1 Prozent) anzutreffen waren, waren es im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) gerade einmal 21,9 Prozent. Absolut betrachtet gehörten freilich deutlich mehr Haushalte im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) dem unteren Einkommensbereich an: Während in Westdeutschland knapp 6,8 Millionen Haushalte über ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 1300 Euro verfügten, waren es in Ostdeutschland rund 2,5 Millionen Haushalte.

2) Bei Selbständigen in der Landwirtschaft wird das Nettoeinkommen nicht erfragt.

Ost- und Westdeutsche Privathaushalte 2015 nach monatlichem Nettoeinkommen



Die festgestellten Einkommensdifferenzen gelten jedoch in noch stärkerem Maße für den oberen Bereich der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. In den oberen Einkommensgruppen ab einem monatlichen Nettoeinkommen von 2 600 Euro und mehr waren 40,6 Prozent aller Haushalte im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin), aber nur 27,2 Prozent aller Haushalte in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) vertreten. In absoluten Zahlen betrachtet, befinden sich im oberen Einkommensbereich ab 2 600 Euro netto im Monat fast 12,7 Millionen Haushalte in Westdeutschland und knapp 2,3 Millionen in Ostdeutschland. Diese Zahlen machen deutlich, dass auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung die Einkommensstrukturen bezüglich der Haushaltsnettoeinkommen in Ost- und Westdeutschland bei weitem noch nicht ausgeglichen sind.

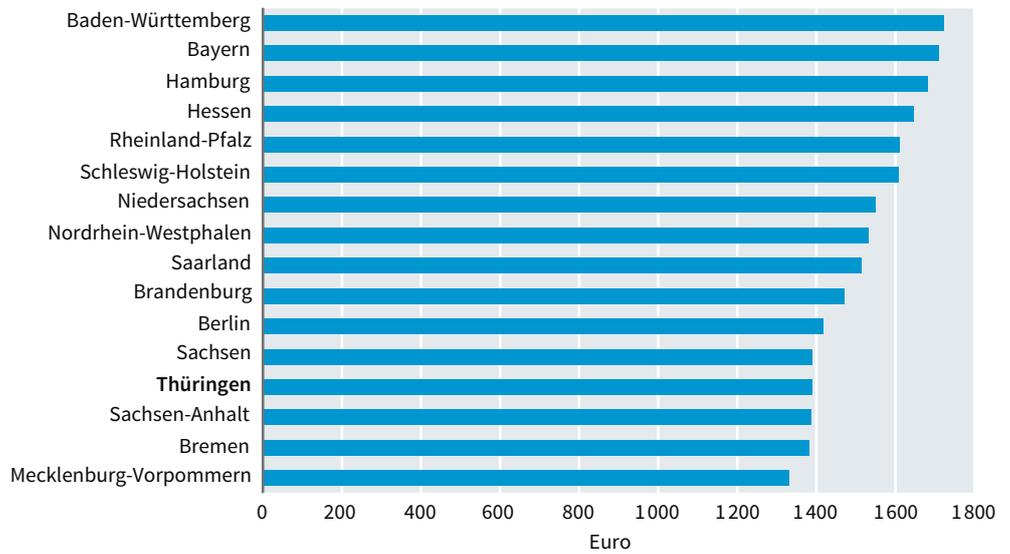
Da die Zusammensetzung der Haushalte und etwaige Kostenersparnisse aufgrund gemeinsamer Haushaltsführung bei der obigen Betrachtung der Haushaltseinkommen unberücksichtigt bleiben, können Ungleichheiten zwischen Haushalten so nur bedingt dargestellt werden. Aus diesem Grunde wird in vergleichenden Analysen üblicherweise das Äquivalenzeinkommen³⁾ für die Abbildung des Lebensstandards verwendet.

Danach lag Thüringen im Jahr 2015 deutlich unter dem gesamtdeutschen Median der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von etwa 1 570 Euro. In der Rangfolge aller 16 Bundesländer belegte der Freistaat aber mit einem Medianeinkommen aller Haushalte von 1 389 Euro den dreizehnten Platz. Die höchsten Medianeinkommen wurden in den Bundesländern Baden-Württemberg (1 722 Euro), Bayern (1 709 Euro) und Hamburg (1 683 Euro) erzielt, die niedrigsten in Mecklenburg-Vorpommern (1 331 Euro), Bremen (1 381) und Sachsen-Anhalt (1 387 Euro). Zwischen dem Bundesland mit dem höchsten Median der monatlichen Äquivalenzeinkommen in Privathaushalten und jenem mit dem geringsten Wert bestand im Jahr 2015 somit ein Unterschied von 391 Euro.

Medianeinkommen in Baden-Württemberg am höchsten

3) Das Äquivalenzeinkommen ist ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied, das ermittelt wird, indem das Haushaltsnettoeinkommen durch die Summe der Bedarfsgewichte der im Haushalt lebenden Personen geteilt wird. Nach EU-Standard wird zur Bedarfsgewichtung die neue OECD-Skala verwendet. Danach wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Bedarfsgewicht 1 zugeordnet, für die weiteren Haushaltsmitglieder werden Gewichte < 1 eingesetzt (0,5 für weitere Personen im Alter von 14 und mehr Jahren und 0,3 für jedes Kind im Alter von unter 14 Jahren), weil angenommen wird, dass sich durch gemeinsames Wirtschaften Einsparungen erreichen lassen.

Median der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten 2015 nach Bundesländern^{*)}



^{*)} Ergebnisse des Mikrozensus. Die Hochrechnung basiert auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011. IT.NRW

Alle neuen Bundesländer unter dem gesamtdeutschen Medianeinkommen

Betrachtet man Ostdeutschland für sich genommen, so stellt man fest, dass im Jahr 2015 alle neuen Bundesländer (einschl. Berlin) deutlich unter dem gesamtdeutschen Medianeinkommen von 1570 Euro lagen. Brandenburg ist mit einem Median von rund 1470 Euro im Vergleich zu den übrigen ostdeutschen Bundesländern das Land mit den höchsten monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. Es folgen Berlin (1418 Euro), Sachsen (1390 Euro) und Thüringen (1389 Euro). Die Schlusslichter bilden Sachsen-Anhalt (1387 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (1371 Euro).

Gini-Koeffizient misst statistische Verteilungsgleichheit von Einkommen

Die Einkommensverteilung wird international nach einer vom italienischen Statistiker Corrado Gini entwickelten Methode bestimmt. Dabei ist der so genannte Gini-Koeffizient ein Maß der relativen Konzentration beziehungsweise Ungleichheit und kann einen Wert zwischen Null und Eins annehmen. Im Falle der Gleichverteilung ergibt sich für den Gini-Koeffizienten ein Wert von Null und im Falle der Konzentration des gesamten Einkommens auf nur einen Einkommensbezieher ein Wert von 1. Mit anderen Worten: Je größer der Gini-Koeffizient, desto ungleicher sind die Einkommen verteilt und umgekehrt.

Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen *)

| Bundesland | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|-------------------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Baden-Württemberg | 0,28 | 0,29 | 0,29 | 0,29 |
| Bayern | 0,29 | 0,29 | 0,29 | 0,29 |
| Berlin | 0,29 | 0,30 | 0,29 | 0,30 |
| Brandenburg | 0,27 | 0,27 | 0,27 | 0,27 |
| Bremen | 0,31 | 0,31 | 0,31 | 0,31 |
| Hamburg | 0,32 | 0,32 | 0,32 | 0,32 |
| Hessen | 0,31 | 0,31 | 0,30 | 0,31 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 0,26 | 0,26 | 0,25 | 0,26 |
| Niedersachsen | 0,28 | 0,28 | 0,28 | 0,28 |
| Nordrhein-Westfalen | 0,29 | 0,30 | 0,30 | 0,30 |
| Rheinland-Pfalz | 0,29 | 0,30 | 0,29 | 0,29 |
| Saarland | 0,27 | 0,28 | 0,28 | 0,28 |
| Sachsen | 0,25 | 0,25 | 0,25 | 0,26 |
| Sachsen-Anhalt | 0,26 | 0,26 | 0,26 | 0,26 |
| Schleswig-Holstein | 0,29 | 0,29 | 0,29 | 0,29 |
| Thüringen | 0,25 | 0,25 | 0,25 | 0,25 |
| Deutschland | 0,29 | 0,29 | 0,29 | 0,29 |
| Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin) | 0,29 | 0,29 | 0,29 | 0,30 |
| Neue Bundesländer (einschl. Berlin) | 0,27 | 0,27 | 0,27 | 0,27 |

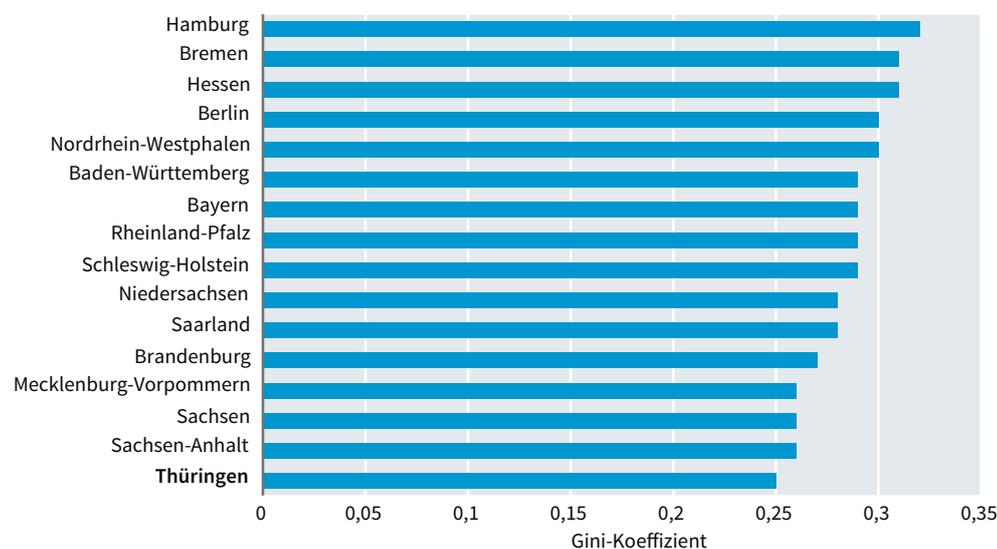
*) Ergebnisse des Mikrozensus. Die Hochrechnung basiert auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011. IT.NRW

Das deutsche Bundesland mit der gleichmäßigsten Einkommensverteilung im Jahr 2015 war Thüringen mit einem Gini-Koeffizienten von 0,25. Die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt liegen mit jeweils 0,26 ebenfalls weit vorn. Für Brandenburg wurde ein Koeffizient von 0,27 errechnet, für Berlin 0,30. Die ungleichmäßigste Einkommensverteilung in Deutschland wies Hamburg mit einem Gini-Koeffizienten von 0,32 auf.

Einkommensverteilung in Thüringen am gleichmäßigsten

Deutschland insgesamt weist mit einem Gini-Koeffizienten von 0,29 eine im internationalen Maßstab recht gleichmäßige Einkommensverteilung auf. Allerdings bestehen deutliche Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) mit einem Koeffizienten von 0,30 und den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) mit 0,27. Wie aus der obigen Tabelle hervorgeht, hat sich die Einkommensverteilung seit dem Jahr 2012 in keinem Bundesland wesentlich verändert.

Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen 2015 nach Bundesländern



Die im Weiteren beschriebenen Ergebnisse für Indikatoren zur Einkommensarmut basieren auf dem Konzept der relativen Einkommensarmut, welches die Einkommensverteilung in einen Armutsgefährdungsbereich und den Rest der Verteilung aufteilt. Die Grenze zwischen beiden Bereichen wird hierbei durch einen vordefinierten Schwellenwert markiert, der zum Median der Einkommensverteilung in Relation steht. Die Armutsgefährdungsquote, auch Armutsrisikoquote genannt, wird gemäß dem Standard der Europäischen Union definiert als der Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens der Bevölkerung beträgt. Als relativ einkommensarm bzw. armutsgefährdet gelten demnach Personen, deren Äquivalenzeinkommen unter diesem Schwellenwert liegt.

Diese Armutsgefährdungsschwelle lässt sich auf regionaler Ebene in 2 Varianten darstellen. Das Nationalkonzept basiert auf dem Medianeinkommen des gesamten Bundesgebietes (Bundesmedian). Den so errechneten Armutsgefährdungsquoten für Bund und Länder liegt somit eine einheitliche Armutsgefährdungsschwelle zu Grunde. Im Gegensatz dazu wird nach dem Regionalkonzept die Armutsgefährdungsschwelle auf der Grundlage des Medianeinkommens der jeweiligen Region bzw. Bundeslandes errechnet. Für jedes Bundesland ergibt sich dann eine eigene Armutsgefährdungsschwelle. Hierdurch wird unterschiedlichen Medianeinkommen bzw. Einkommensniveaus in den verschiedenen Bundesländern Rechnung getragen.

Armutsrisikoquoten *) 2015 nach Bundesländern

| Bundesland | Auf Basis des Nationalkonzepts | Auf Basis des Regionalkonzepts |
|-------------------------------------|--------------------------------|--------------------------------|
| | Prozent | |
| Baden-Württemberg | 11,8 | 15,3 |
| Bayern | 11,6 | 15,0 |
| Berlin | 22,4 | 15,3 |
| Brandenburg | 16,8 | 13,9 |
| Bremen | 24,8 | 17,8 |
| Hamburg | 15,7 | 19,0 |
| Hessen | 14,4 | 16,5 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 21,7 | 13,6 |
| Niedersachsen | 16,5 | 15,9 |
| Nordrhein-Westfalen | 17,5 | 16,3 |
| Rheinland-Pfalz | 15,2 | 16,3 |
| Saarland | 17,2 | 15,4 |
| Sachsen | 18,6 | 12,9 |
| Sachsen-Anhalt | 20,1 | 14,5 |
| Schleswig-Holstein | 14,6 | 15,7 |
| Thüringen | 18,9 | 12,4 |
| Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin) | 14,7 | 16,2 |
| Neue Bundesländer (mit Berlin) | 19,7 | 13,7 |
| Bundesrepublik Deutschland | 15,7 | 15,7 |

*) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Armutsrisiko in Ostdeutschland höher

Für das Jahr 2015 wurde aus den Ergebnissen des Mikrozensus für Deutschland insgesamt eine Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung von 15,7 Prozent errechnet. Nach dem Nationalkonzept gab es dabei einen deutlichen Ost-West-Unterschied: Während in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) 19,7 Prozent der Bevölkerung ein erhöhtes Armutsrisiko aufwiesen, waren es im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) mit 14,7 Prozent deutlich weniger.

Auch in den einzelnen Bundesländern zeigt die Armutsgefährdungsquote deutliche Unterschiede: Während in Bremen fast jeder Vierte (24,8 Prozent) und in Berlin 22,4 Prozent der Bevölkerung ein Nettoeinkommen von weniger als 60,0 Prozent des Bundesmedians zur Verfügung hatten, traf dies in den Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern nur auf 11,8 bzw. 11,6 Prozent der Bevölkerung zu.

Allerdings zeigt sich zwischen den einzelnen Bundesländern nicht nur der Stadtstaat-Flächenland-Unterschied. Innerhalb der Stadtstaaten weist die Bevölkerung in Bremen mit seiner bereits erwähnten Quote von 24,8 Prozent eine deutlich höhere Armutsgefährdung auf als beispielsweise in Hamburg (15,7 Prozent). Innerhalb der neuen Bundesländer (einschl. Berlin) waren die Unterschiede nicht gravierend. Gleichwohl waren die Brandenburger (16,8 Prozent) und Sachsen (18,6 Prozent) und Thüringer (18,9 Prozent) in geringerem Maße dem Armutsrisiko ausgesetzt als die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt (20,1 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (21,7 Prozent) sowie in dem bereits erwähnten Bundesland Berlin mit 22,4 Prozent.

Die Armutsgefährdungsquote war in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) in nahezu allen Altersgruppen höher als im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin). Einzig die Altersgruppe der 65 Jahre und Älteren wies im Osten mit 13,0 Prozent (Thüringen: 13,1 Prozent) eine geringere Quote auf als im Westen mit 15,1 Prozent. Während die Armutsgefährdungsquote der weiblichen Bevölkerung in den westlichen Bundesländern mit 15,5 Prozent höher lag als bei der männlichen Bevölkerung mit 13,9 Prozent, waren im ostdeutschen Durchschnitt mit 19,7 Prozent bei den Frauen und ebenfalls 19,7 Prozent bei den Männern keine Unterschiede auszumachen. Allerdings trifft dies nicht auf alle neuen Bundesländer gleichermaßen zu: In Thüringen etwa waren Frauen mit 19,3 Prozent einem höherem Armutsgefährdungsrisiko ausgesetzt als Männer mit 18,5 Prozent.

In ganz Deutschland waren erwerbslose Personen sowie Alleinerziehende und deren Kinder in besonderem Maße von Armut bedroht. Doch auch hier sind im Ost-West-Vergleich erhebliche Unterschiede festzustellen: Während die Armutsgefährdung von Erwerbslosen im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) durchschnittlich 54,4 Prozent aufwies, waren es in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) 69,2 Prozent. Thüringen lag hier mit 65,1 Prozent deutlich unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Ein höheres Armutsrisiko hatten die Erwerbslosen in Sachsen (71,2 Prozent) sowie Sachsen-Anhalt (72,7 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (76,7 Prozent). Auch im Vergleich aller deutschen Bundesländer war die Armutsgefährdung Erwerbsloser in Mecklenburg-Vorpommern am höchsten (76,7 Prozent).

Thüringer in geringerem Maße dem Armutsrisiko ausgesetzt

Armutsgefährdungsquote in den neuen Bundesländern in fast allen Altersgruppen höher

Erwerbslose und Alleinerziehende mit hohem Armutsrisiko

Armutsrisikoquoten *) nach soziodemografischen Merkmalen 2015 (auf Basis des Nationalkonzepts)

| Merkmal | Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin) | Neue Länder (mit Berlin) | Thüringen |
|---|-------------------------------------|--------------------------|-------------|
| | Prozent | | |
| Insgesamt | 14,7 | 19,7 | 18,9 |
| Alter | | | |
| unter 18 | 18,3 | 26,0 | 26,6 |
| 18 bis unter 25 | 23,4 | 37,7 | 39,4 |
| 25 bis unter 50 | 12,9 | 19,4 | 17,9 |
| 50 bis unter 65 | 11,5 | 18,7 | 17,1 |
| 65 und älter | 15,1 | 13,0 | 13,1 |
| Geschlecht | | | |
| männlich | 13,9 | 19,7 | 18,5 |
| weiblich | 15,5 | 19,7 | 19,3 |
| Haushaltstyp **) | | | |
| Einpersonenhaushalte | 24,6 | 31,7 | 32,9 |
| Zwei Erwachsene, ohne Kinder | 9,0 | 10,2 | 10,1 |
| Sonstige Haushalte ohne Kinder | 8,7 | 12,6 | 10,9 |
| Ein Erwachsener und ein oder mehrere Kinder | 42,0 | 48,5 | 53,6 |
| Zwei Erwachsene und ein Kind | 9,2 | 11,8 | 11,4 |
| Zwei Erwachsene und zwei Kinder | 10,2 | 14,0 | 13,6 |
| Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder | 23,4 | 34,7 | 34,3 |
| Sonstige Haushalte mit Kindern | 17,0 | 26,2 | 19,8 |
| Erwerbsstatus ***) | | | |
| Erwerbstätige | 7,1 | 10,5 | 10,2 |
| davon Selbstständige (inkl. mithelfende Familienangehörige) | 7,9 | 12,1 | 13,9 |
| davon abhängig Erwerbstätige | 7,0 | 10,3 | 9,8 |
| Erwerbslose | 54,4 | 69,2 | 65,1 |
| Nichterwerbspersonen | 21,1 | 25,1 | 24,8 |
| davon Rentner und Pensionäre | 15,9 | 16,0 | 16,1 |
| davon Personen im Alter von unter 18 Jahren | 18,5 | 26,1 | 26,8 |
| davon sonstige Nichterwerbspersonen | 37,0 | 55,9 | 57,6 |
| Qualifikationsniveau des Haupteinkommensbeziehers ****) | | | |
| Geringqualifizierte | 38,7 | 50,7 | 51,8 |
| Qualifizierte | 13,5 | 21,5 | 21,2 |
| Hochqualifizierte | 4,7 | 7,6 | 7,6 |

*) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

**) Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt.

***) Nach dem „Labour-Force-Konzept“ der International Labour Organization (ILO).

****) Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der internationalen Klassifikation des Bildungswesens (ISCED) bestimmt.

Bei Personen in Alleinerziehenden-Haushalten betrug das Armutsrisiko in Westdeutschland 42,0 Prozent und in Ostdeutschland 48,5 Prozent. Auf der Ebene der Bundesländer sind jedoch größere Abweichungen festzustellen: Während sich die Armutsgefährdungsquote von Mitgliedern in Alleinerziehenden Haushalten in Baden-Württemberg und Hamburg auf 35,8 bzw. 36,4 Prozent belief, war sie in Sachsen-Anhalt mit 57,8 Prozent deutlich höher. Auch in Thüringen war die Armutsgefährdungsquote von Alleinerziehenden-Haushalten mit 53,6 Prozent verhältnismäßig hoch.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn für die Berechnung nicht die einheitliche Armutsgefährdungsschwelle auf der Basis des Bundesmedians (Nationalkonzept), sondern die jeweiligen regionalen Armutsgefährdungsschwellen (Regionalkonzept) herangezogen werden. Auf diese Weise wird den Unterschieden im Einkommensniveau zwischen den einzelnen Bundesländern Rechnung getragen. Auf der Grundlage des Landesmedianeinkommens fallen die Unterschiede bei den Armutsgefährdungsquoten zwischen den einzelnen Bundesländern deutlich geringer aus. Bei den aus dieser „regionalen Perspektive“ errechneten Armutsgefährdungsquoten wiesen im Jahr 2015 die Bundesländer Bremen (17,8 Prozent) und Hamburg (19,0 Prozent) das höchste und die Bundesländer Sachsen (12,9 Prozent) und Thüringen (12,4 Prozent) das geringste Armutsrisiko auf.

Aus „regionaler Perspektive“ Armutsrisiko in Sachsen und Thüringen am geringsten